

Autonomie & Kooperation

Wo Eigennutz und Gemeinnutz sich gegenseitig fördern

Wir leben in einer seltsamen Welt. Der Kapitalismus ist organisierte Ellbogenmentalität, dennoch gelten der Blick auf die Welt vom eigenen Standpunkt aus (Egozentrik) und das Handeln zum eigenen Vorteil (Egoismus) als moralisch minderwertige Charakterzüge. Der Welt grenzenloser Ausbeutung und Unterdrückung ist eine Moral beiseitegestellt, die gegensätzlicher nicht sein könnte. Das zeigt sich sogar in den Sphären, die Moral produzieren: Ob Kirche, Parteien, NGOs oder andere – selbst bei ihnen geht es um Marktanteile (z.B. an Spenden oder Aufmerksamkeit), um Hegemonie und Markenkonkurrenz. Moral ist selbst Gegenstand erbitterter Konkurrenzkämpfe. Bei genauerem Hinsehen nützen diese den in sie verstrickten Menschen nur selten. Es ist gerade nicht der Egoismus der Einzelnen, der die ständige Wertverwertung, Ausbeutung und Hierarchien schafft, sondern meist die Ausrichtung auf kollektive Identitäten, also der Egoismus von Organisationen, Nationen oder anderen Kollektiven. Wer hat das nicht schon erlebt: In einem Streit zwischen verschiedenen Gruppen können die einzelnen Personen im direkten Gespräch oft gut miteinander diskutieren. Treten aber die Gruppen im Gruppenzusammenhang auf, sinkt die Kooperations- oder auch nur Verständigungschance. Genau weil die Einzelnen dann nicht mehr egoistisch handeln, ist es vorbei! Denn außerhalb des Zwangs zur Konkurrenz bilden sich zwischen Menschen schnell gemeinsame Interessen heraus, z.B. mehr Informationen, mehr Handlungsmöglichkeiten, besserer Zugang zu Ressourcen, naheliegenderweise sogar mehr Kooperation. Das hilft dem Einzelnen, aber ebenso den Anderen. Ist der Zugang kontrolliert, so sieht er nur den InhaberInnen der entsprechenden Privilegien offen. Derer kann sich niemand sicher sein, d.h. der unbeschränkte Zugang ist auf Dauer für alle die beste Variante. Daher entsteht aus Egoismus das für alle Nützliche – der Egoismus der anderen schafft die selbst nutzbaren Möglichkeiten. Egoismus ist wertvoll.

Beitrag von Stefan Meretz auf Opentheory „Alles für alle“

Das eigene Nutzen eines Reichtums ist häufig wiederum ein Produzieren für andere. Die These lautet also: Sind die Menschen von der (Wert-)Leine gelassen, werden sie in ihrer Vielfalt all jenen stofflichen und nichtstofflichen Reichtum schaffen, den eben diese Menschen brauchen – stabil und verlässlich: Alles für alle.

Aus Wilde, Oscar (1970): „Der Sozialismus und die Seele des Menschen“, Diogenes (S. 66)
Es ist nicht selbstsüchtig, auf seine Art zu denken. Wer nicht auf seine Art denkt, denkt überhaupt nicht.

Aus: P.M. 2000: Subcoma, Paranoia City in Zürich

Menschen bringen sich nur dann nicht um, wenn sie so leben, dass sie keinen Vorteil davon haben können. Menschen schliessen eigentlich gar keine Verträge, sie verhalten sich einfach auf Grund von Interessen und Erfahrungen, gemäss dem, was sie „sind“. Geben und Nehmen ist in einer sozial verwobenen Lebensweise kaum auseinanderzuhalten. Dass es für einen Beobachter so aussieht, als ob Menschen dauernd Verträge schliessen, ist eine typische Fehlinterpretation liberaler Ideologien, die sich unser Leben nur als eine Reihe von Tauschhandeln vorstellen können. Erst wenn die Gesellschaft in ihre Atome zerfallen ist, muss sie mit „Verträgen“ und „Regeln“ notdürftig reorganisiert werden. Was geändert werden muss, ist also die Interessenlage der Menschen, die sich wiederum historisch entwickelt hat.

Pierre Kropotkin, *L'anarchie: sa Philosophie – son Ideal*, Paris 1896 (S. 17-18)
Der Anarchismus strebt nach der vollsten Entfaltung der Individualität und gleichzeitig nach dem höchsten Grad freiwilliger Assoziierung in allen ihren Formen, in jeder nur möglichen Intensität und zu jedem nur denkbaren Zweck ständig wechselnde Assoziierungen, die in sich selbst die Elemente ihrer Dauerhaftigkeit tragen und immer die Form annehmen, die den vielfältigen Bestrebungen aller jeweils am besten entsprechen.

Otfried Höfe (1979): „Ethik und Politik“, Suhrkamp Verlag in Frankfurt (S. 409)
Aufgrund der Hilfs- und Erziehungsbedürftigkeit von Neugeborenen und Kindern, dann aufgrund der Sexualität, weiterhin aufgrund der Lebensnotwendigkeit von Arbeit und ihrer Erleichterung durch Arbeitsteilung, Handel usw., aufgrund der Vernunft- und Sprachbegabung (als der Fähigkeit, aber auch dem Verlangen, sich anderen mitzuteilen) drängt es die Menschen schon zum Zweck der Selbsterhaltung und des Überlebens der Art, dann auch zum sicheren, leichteren und angenehmeren Leben zum Zusammensein mit ihresgleichen.

Friedhelm Solms, „Ich will nicht Ich sein; ich will Wir sein“, in: Diefenbacher, Hans (Hrsg., 1996): „Anarchismus“, Primus Verlag in Darmstadt (S. 126 f.)
Alles gesellschaftliche Leben ist nichts anderes als die beständige gegenseitige Interdependenz zwischen dem Einzelnen und der Masse. Jedes Individuum, selbst das ausgeprägteste und intelligenteste, ist in jedem Augenblick sowohl der Produzent als auch das Produkt des Willens und der Handlungen der Massen.

Wer nicht an die eigenen, sondern übergeordnete Interessen denkt, findet kaum gemeinsame Interessen. Denn die übergeordneten Einheiten (Firmen, Nationen, Verbände ...) sind sich Selbstzweck. Denkbar sind höchstens Bündnisse, in denen im Einzelfall einmal zwei oder mehr Partner Vorteile aus einer Situation ziehen – oft aber selbst da auf Kosten nichtbeteiligter Dritter.

Außerdem: Altruismus, wie das Menschen moralisch abverlangte, selbstlose Handeln bezeichnet wird, hat vielfach mehr negative Folgen als gedacht. Er stabilisiert Ungleichheit, weil er dem Bessergestellten das Gewissen beruhigt. Gesellschaftlicher Wandel bedarf aber regelmäßig auch des Willens zur Veränderung zumindest bei einem Teil deren, die von einer Situation profitieren. Altruismus, der nicht die Ursache der Ungleichheit beseitigt, fördert den Aufbau von Strukturen zur Verwaltung des Elends. Hinzu können Abhängigkeiten kommen. In jedem Fall aber verklärt er das Drama. So gelten z.B. die reichen Industriestaaten als Entwicklungs„helfer“, sie veranstalten „Geber“-konferenzen, während sie tatsächlich die ärmeren Regionen der Welt, ihre Menschen und ihre Natur, gnadenlos ausquetschen.

Aus Wilde, Oscar (1970): „Der Sozialismus und die Seele des Menschen“, Diogenes (S. 8)
Sie suchen etwa das Problem der Armut dadurch zu lösen, dass sie den Armen am Leben halten, oder – das Bestreben einer sehr vorgeschrittenen Richtung – dadurch, dass sie für seine Unterhaltung sorgen. Aber das ist keine Lösung: Das eigentliche Ziel ist der Versuch und Aufbau einer Gesellschaft auf einer Grundlage, die die Armut unmöglich macht. Und die altruistischen Tugenden haben tatsächlich die Erreichung dieses Ziels verhindert.

Wer Egoismus ablehnt und Altruismus predigt, ist aber nicht nur scheinheilig und stabilisiert das System. Mit dem Absterben des persönlichen Egoismus ginge noch etwas Weiteres verloren. Egoismus und Egozentrik bilden die entscheidenden Triebfedern des Menschen. Aus ihnen schöpft er die Energie zum Überleben, aus ihnen würde er auch die Impulse zur Selbstenfaltung erhalten. Jahrtausende versuchten politische Strömungen, Religionen oder andere, den Menschen diese Neigungen abzugewöhnen – vergeblich. Gut so. Denn wenn Menschen nicht mehr in den Mittelpunkt stellen, was sie selbst wollen und wahrnehmen, werden sie zu willigen VollstreckerInnen anderer Interessen. Mit verheerenden Wirkungen, wie gerade die deutsche Geschichte beweist. Der Schrecken des Dritten

Reiches, in dem willige Vollstrecker im Dienste höherer Interessen selbst ihre eigenen Eltern, Kinder, FreundInnen oder PartnerInnen in KZs oder Vergasung schickten, ist nur der dramatische Höhepunkt einer Geschichte, die voll solcher Episoden ist. Kein deutscher Frontsoldat wird aus seinem Wirken persönliche Vorteile gezogen haben, sondern handelte im Glauben an das Gute im damit erkämpften allgemeinen Interesse. Was aber den Menschen nicht mehr selbst betrifft, ist viel einfacher diskursiv zu steuern. Ein Verblendungszusammenhang legt sich wie ein Teppich über die Menschen, begräbt ihre eigenen Interessen und lässt sie zu willigen VollstreckerInnen werden, die alles tun würden. Das wäre auch heute wiederholbar, denn der willige Vollstrecker kennt keinen Egoismus außer dem, sich einzureden, im Strom der Anpassung auch selbst besser durchzukommen und das nötige Geld zu verdienen, um sich im Überlebenskampf durchsetzen zu können – fremdgesteuert freilich.

Der Egoismus ist eine große Kraft. Die Egozentrik verhindert, dass fremde Interessen über das gestellt werden, was für das eigene Leben gut ist. Was mensch selbst nutzt, ist aber viel häufiger auch für andere sinnvoll (also ein allgemeines Interesse) als das, was für kollektive Identitäten gut ist. Letzteres wird zwar als allgemeines Interesse verkauft, tatsächlich ist es aber ein abstraktes Interesse, das den Menschen nicht (mehr) dient.

Der Egoismus und die Egozentrik müssen wieder in den Mittelpunkt rücken, als Energiequelle für die Selbstentfaltung gestärkt werden. Es ist nicht peinlich, für sich selbst ein gutes Leben zu wollen. Ganz im Gegenteil. Wer das will und aufmerksam analysiert, was einem selbst hilft, wird mit hoher Wahrscheinlichkeit zu der Einsicht kommen, dass es für eineN selbst am besten ist, wenn sie alle selbst entfalten. Eigennutz und Gemeinnutz treffen dann aufeinander.



Menschenbilder bei Anarch@s, HumanistInnen usw. fördern die Denunzierung des Egoismus (siehe www.projektwerkstatt.de/anarchie/a__moral.html)

Autonomie und Kooperation

Wie könnte eine Gesellschaft oder auch nur die Organisierung von Menschen in einer überschaubaren Runde aussehen, in der Eigennutz und Gemeinnutz zusammenfallen? Was funktioniert im Kleinen (Wohngemeinschaft, politische Gruppe, Projekt, Betrieb) und im Großen (Städte und Regionen bis zu globalen Zusammenhängen)?

Vorsicht jedem Versuch einer einfachen Beschreibung gegenüber ist angebracht, denn entgegen steht die ungeheure Vielfältigkeit und Komplexität von Gesellschaft, die noch zunehmen wird, wenn Herrschaftsverhältnisse wie Obrigkeit, Institutionen und Normierungen wegfallen bzw. überwunden werden. Dennoch soll im folgenden der Versuch gemacht werden, ein grundlegendes Prinzip zu beschreiben, das wahrscheinlich nur eines von mehreren ist, dem aber grundlegende Bedeutung zukommt auf allen Ebenen: Autonomie und Kooperation. Dieses Begriffspaar stellt zusammen die Ausgangsbasis von herrschaftsfreier Selbstorganisierung dar. Die Menschen und ihre Zusammenschlüsse müssen einerseits autonom, d.h. selbstbestimmt, unabhängig und in Bezug auf den Zugang zu allen gesellschaftlichen Ressourcen (materielle Ausstattung, Wissen, Informationsaustausch, Mobilität usw.) gleichberechtigt sein. Andererseits ist Kooperation die Voraussetzung, über die eigenen Möglichkeiten hinauszukommen, sich Freiheiten zu schaffen und ständig weiterzuentwickeln. Dass ist in der Isolation nicht vorstellbar. Als grundlegendes Prinzip von herrschaftsfreier Selbstorganisierung sind Autonomie und Kooperation aber nur zusam-

men vorstellbar. Ohne Kooperation würde Autonomie zur Isolation oder – als Kollektiv – Autarkie. Das sind keine emanzipatorischen Perspektiven, daraus erwachsen sogar rechte Ideologie, wenn Kollektive als abgeschlossene Identitäten betrachtet werden (Volk, Nation, Bioregion).

Andersherum ist aber Kooperation herrschaftsfrei auch nur unter Wahrung der Autonomie denkbar. Menschen müssen sich ihre Kooperationen frei wählen können, sonst wäre selbige erzwungen und könnte nicht in Frage gestellt werden. Wer aber eine Kooperation nicht verlassen kann, ist erpressbar und damit eher zur Hinnahme von Hierarchien bereit.

Autonomie – Handeln ohne Schranken

Die Autonomie eines Menschen oder eines frei vereinbarten Zusammenschlusses von Menschen bedeutet die möglichst schrankenfreie Nutzung aller Handlungsmöglichkeiten und -alternativen. Praktisch ist dieses nicht grenzenlos möglich. Einerseits sind die Rahmenbedingungen durch die allgemein zu einem Zeitpunkt gültigen Grenzen des Handelns gesetzt – was kein Mensch kann, geht nicht oder muss erst erfunden werden. Emanzipation bedeutet aber auch hier den Willen, diese Handlungsmöglichkeiten auszudehnen, z.B. dank neuer Erfindungen, Erkenntnisse und Experimente. Zum anderen ist nicht jede Möglichkeit jedem Menschen in jeder Situation zugänglich. Hier ist Emanzipation das Bestreben, diese Beschränkungen immer weiter abzubauen, damit – so das Ziel – alle Menschen gleichermaßen auf die gesellschaftlichen Möglichkeiten und den gesellschaftlichen Reichtum zugreifen können. Viele formale Beschränkungen wie Eigentumsrecht, Geldzwang bei der materiellen Reproduktion, Abschottung von Wissen oder Maschinen können schnell überwunden werden. Heute steht „nur“ das Profit- und Machtinteresse dagegen, aber kein an einem besseren menschlichen Leben orientiertes Interesse. Andere Beschränkungen wie z.B. die Verfügbarkeit von Ressourcen, Wissen oder Technik sind nicht vollständig, aber weitgehend aufhebbar.

Sichtbar ist, dass die überwindbaren Grenzen alle von Menschen gesetzte Grenzen sind, d.h. wo mittels eines Aufwandes an Formalitäten, Kontrolle usw. der Zugang zu Wissen, Dingen und Möglichkeiten nicht für alle möglich ist. Autonomie ist für Menschen und Gruppen aber nur dann tatsächlich gegeben, wenn sie nicht nur selbstbestimmt handeln dürfen (also ohne Sanktionierung bestimmter Verhaltensweisen), sondern auch können, d.h. auf die Ressourcen zugreifen können, die sie für ihr Leben und das Umsetzen ihrer Entscheidungen brauchen. Emanzipation bedeutet, dieses Umsetzen auch möglich zu machen, d.h. Ressourcen wie Wissen, Technik usw. nicht nur zu schaffen und zu beschaffen, sondern auch so zu organisieren, dass ein Zugriff für alle möglich ist – ohne Bedingungen!

Kooperation – direkte und gesamtgesellschaftliche Kooperation ... und mehr!

Kooperation bedeutet gemeinschaftliche Aktivität, die sich aufeinander bezieht und miteinander agiert. Das kann als Zwangsverhältnis geschehen oder als freie Vereinbarung bzw. – im komplexeren System – als freie Akzeptanz der Integration eigener Tätigkeit in umfassendere Vorgänge mit der Option der Verweigerung ohne Sanktionierung derselben. Diese Unterscheidung in freie und erzwungene Kooperation ist wesentlich, um ein Ver-

ständnis von Herrschaftsfreiheit zu schaffen. Freie Kooperation ist dann gegeben, wenn Kooperation mit Autonomie verbunden ist.

Aus Christoph Spehr (2003): „Gleicher als andere“, Karl Dietz Verlag in Berlin
Die Theorie der freien Kooperation ist die Forderung nach einer paradigmatischen Wende; sie ruft dazu auf, die Probleme der Praxis in einer anderen konzeptionellen Form zu rekonstruieren. ... (S. 63)

Der Charakter dieser Grundlegung der freien Kooperation ist allerdings eher der einer Grammatik, der Grammatik einer in Entstehung begriffenen zeitgenössischen Sprache der Befreiung. Es gibt bessere und schlechtere Grammatiken. ... (S. 70)

Das Kriterium der direkten Überlebenssicherung ist immer wieder: Können wir auch Nein sagen? Werden wir auch in Zukunft noch Nein sagen können? (S. 83)

Freie Kooperation entsteht auf zwei Wegen. Zum einen können Menschen oder Gruppen sie bewusst miteinander eingehen und jederzeit gestalten. Dieses sind die Fälle, die auch als Zusammenarbeit wahrgenommen werden. Ebenso besteht eine Kooperation, wenn die Tätigkeit von Menschen ohne ihr Zutun an anderer Stelle und von anderen Menschen oder Gruppen für ihre Zwecke genutzt, weiterentwickelt wird und umgekehrt die ursprüngliche Person in einem materiellen oder informellen Austausch mit anderen steht, d.h. neues Wissen oder die Veränderung von Rahmenbedingungen selbst wieder erfährt, nutzen kann u.ä. Dieses funktioniert schon im Kleinen. Wenn dort, wo Menschen zusammenwohnen, verschiedene Handlungen vom Abwaschen bis zur Nahrungsmittelbeschaffung, Streichen der Wände und Tausende von Handlungen mehr das Überleben und das Wohlbefinden fördern, so ist das eine Kooperation, auch wenn vieles niemals als solche gedacht wird oder abgesprochen ist in der Runde aller. Die einzelne Handlung, oft motiviert durch eigenes Interesse, wirkt sich auf alle Beteiligten aus, weil das Zusammenwohnen einen komplexen Rahmen abgibt mit komplizierten Wechselwirkungen. Eine freie Kooperation setzt in solchen Verhältnissen die Autonomie voraus, d.h. die Beteiligten halten sich nicht gezwungenerweise in der Kooperation auf. Sollte ihnen die Kooperation nicht mehr gefallen oder nützen, so muss ein Ausstieg ohne Sanktionen möglich sein. Diese Situation zu verwirklichen, wäre Ziel von Emanzipation.

Ähnlich der Situation in einer Wohngemeinschaft ist die gesamtgesellschaftliche Ebene. Auch hier haben die Handlungen der Einzelnen bzw. der Gruppen vielfältige Wirkungen. Der Rahmen ist noch größer und vor allem noch unüberschaubarer, was dazu führt, dass gar nicht mehr alle Wirkungen erkennbar werden. Ebenso ist nicht mehr direkt nachvollziehbar, woher welche Ressourcen und welches Wissen stammen, das jemand für sich selbst nutzt. Schwierig hingegen ist die Frage der Autonomie. Ein Ausstieg aus der Gesellschaft ist nicht möglich, wenn Gesellschaft als Gesamtheit von allem definiert wird. Dann würde auch die Person, die sich in ein Einsiedlertum zurückzieht und selbst versorgt, immer noch zur Gesellschaft gehören. Autonomie braucht aber den Ausstieg aus der Gesellschaft nicht, sondern sie ist dann gewährleistet, wenn die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen keine bestimmte Form des Lebens erzwingen. Dann ist innerhalb dessen, was definitorisch die Gesellschaft ist, Autonomie lebbar, auch z.B. das Einsiedlertum, in dem keine bewusste Kooperation mehr stattfindet – wohl aber noch die Wechselwirkung hinsichtlich der Möglichkeit, Wissen anderer zu nutzen, eigenes Wissen abzugeben oder jederzeit eine bewusste Kooperation wieder eingehen zu können. Insbesondere Letzteres sollte nicht unterschätzt werden. Das Wissen darum, allein handeln zu können, aber das auch jederzeit anders entscheiden zu können und KooperationspartnerInnen zu suchen, ist eine wichtige

Grundlage von Autonomie und Kooperation. Es gibt keine formalen Schranken, keine Regeln und keine KontrolleurInnen hinsichtlich der Kooperationen, die ein Mensch aufnimmt oder sein lässt.

Beziehungskisten: Auf die Art der Kooperation kommt es an

Menschen können auf sehr unterschiedliche Weise zueinander stehen. Das hat erheblichen Einfluss darauf, ob das Kooperative oder das Konkurrierende gestärkt werden. Beides führt in selbst verstärkende Prozesse, den Kooperation und Selbstentfaltung steigern die Möglichkeiten, Konkurrenz und Horten von Handlungsmöglichkeiten als eigenes Privileg steigern ständig die Notwendigkeit von Kontrolle und Hegemonie.

Fangen wir mit der konkurrierenden Beziehung zu Menschen an. Da es nicht möglich ist, sich aus der Gesellschaft herauszunehmen, führt ein konkurrierendes Verhältnis zu einer andere und sich selbst einschränkenden Beziehungsform, nämlich der Instrumentalbeziehungen. Ich betrachte andere Menschen als Instrument (oder Konkurrenz) meiner Ziele, Interessen und Bedürfnisse, die ich in der Folge auf ihre Kosten durchsetze. Diese Form ist nicht nur für andere einschränkend, sondern auch für mich selbst beschränkend, weil die anderen Menschen in umgekehrter Weise genauso mich zum Instrument ihrer Interessenreichung machen, wie ich umgekehrt sie. Es ist leicht vorstellbar, dass ich mein Bestreben, die anderen zu instrumentalisieren, nur durchsetzen kann, wenn ich stets etwas „besser“ bin als diese. Doch da die anderen in der Abstieggspirale der Zersetzung menschlicher Beziehungen ebenfalls reagieren, schlagen meine „Anstrengungen“ wieder auf mich zurück, oder anders formuliert: Ich werde mir selbst zum Feind! Diese Handlungsweise darf jedoch keinesfalls zum individuellen Defekt erklärt werden, der einem selbst „nicht passieren könne“: Instrumentelle Beziehungen sind die in der kapitalistischen Gesellschaft nahegelegte Beziehungsform, da sie den Konkurrenzkampf innerhalb der ökonomischen Wertmaschine widerspiegelt. Der Kapitalismus kennt nur instrumentelle Beziehungen und die dazugehörigen Partialinteressen und kann auch nur solche hervorbringen. Der Kampf der einen Partialinteressen gegen die anderen wird dann „Demokratie“ genannt.

Die Alternative von Beziehungen kann der Kapitalismus nicht hervorbringen: Er kennt weder allgemeine Interessen noch den Sinn allgemeiner, also nicht durch Preise, Leistungsanforderung und andere Schranken verwehrter Zugriffe auf Errungenschaften. Subjektbeziehungen, wie wir die Alternative nennen (Holzkamp 1985, 370), basieren auf verallgemeinerbaren Interessen. Verallgemeinerbare Interessen sind solche, die nicht auf Kosten anderer, sondern nur im Interesse aller erreicht werden können. Subjektbeziehungen müssen in der heutigen, kapitalistischen Welt aktiv gegen die nahegelegten Tendenzen zur Instrumentalisierung durchgesetzt werden – und das ist nicht einfach. Auch wohlmeinende Worte wie „Freiheit“ und „Emanzipation“ schützen vor Instrumentalisierung nicht: „Die meisten von uns haben gelernt ..., dass Emanzipation die Freiheit bedeute, den Anderen und die dingliche Welt auf deren Nützlichkeit für die Befriedigung der eigenen Interessen zu reduzieren“ (Baumann 1992, 247)

Es gäbe kaum Hoffnung, wenn die Instrumentalisierung tatsächlich dem „natürlichen menschlichen Wesen“ entspräche. Zur radikalen Veränderung der Gesellschaft, wie wir sie

anstreben, gehört unbedingt eine Entfaltung der Subjektivität des Einzelnen, die die Entfaltung der Subjektivität der anderen notwendig mit einschließt. Subjektbeziehungen sind in allgemeinen Interessen gegründet: „Subjektbeziehungen sind Beziehungen zwischen Menschen, in denen das gemeinsame Ziel der Beteiligten prinzipiell mit allgemeinen gesellschaftlichen Zielen zusammenfällt“ (Rudolph 1996, 45).

Allgemeine Ziele sind dabei weniger inhaltlich bestimmt, sondern dadurch, „dass sie sich nicht gegen die Interessen bestimmter Personen oder Gruppen richten können“ (Holzkamp 1980, 210). Dabei muss sich der Einzelne keinem Ganzen unterordnen, sondern sein ganz individuelles Sein – wie das der anderen – schafft die Gesellschaft. Wenn er sich ganz für sich und seine Interessen einsetzt, setzt er genau damit das Stückchen Gesellschaftlichkeit in die Welt, das seiner Individualität entspricht. Die individuelle Subjektivität ist die „Gewinnung der bewußten Bestimmung der eigenen Lebensumstände in gleichzeitiger Überschreitung der Individualität, da durch Zusammenschluß mit anderen unter den gleichen Zielen die Möglichkeiten der Einflußnahme auf die eigenen Lebensbedingungen sich potenzieren“ (Rudolph 1996, 45). Subjektbeziehungen und Instrumentalbeziehungen können wir dementsprechend wie folgt skizzieren (Rudolph 1996, 46).

Subjektbeziehungen:

- Die gemeinsamen Ziele der Einzelnen fallen mit allgemeinen gesellschaftlichen Zielen zusammen.
- Es handelt sich um Beziehungen ohne Unterdrückung.
- Das Interesse an der Subjektentwicklung des anderen Beteiligten ist das Interesse eines jeden.
- Daraus entsteht eine begründbare Grundlage für wechselseitiges Vertrauen.
- Angstlosigkeit, Freiheit, Offenheit und Eindeutigkeit in der gegenseitigen Zuwendung.

Instrumentalbeziehungen:

- Ein Zusammenschluß von Gleichgesinnten findet statt unter dem Gesichtspunkt der Durchsetzbarkeit gleicher individueller Ziele gegenüber nicht Gleichgesinnten (oder gesellschaftlicher Partialinteressen gegeneinander).
- Sie werden hergestellt und zusammengehalten über die Vorteile, die die Beziehung dem Einzelnen oder allen Beteiligten gegenüber anderen bringt.
- Sie werden reguliert durch Zwang, Abhängigkeit, Druck, Unterdrückung.

Die konkrete Utopie intersubjektiver Beziehungen beschreibt Iris Rudolph so: „Ich möchte eine Welt, in der die Menschen sich nicht gegenseitig benötigen, in der sie einfach durch das, was sie tun und alles lassen, für sich tun und lassen, gleichzeitig auch das Beste für alle anderen tun“ (Rudolph 1998, 78).

Es ist einsichtig, dass das Ziel der Erringung der „Epoche der Menschen“ auf Grundlage intersubjektiver Beziehungen niemals auf dem Wege instrumenteller Ausnutzung erreicht werden kann. Kein noch so „positives Ziel“ rechtfertigt die Durchsetzung individueller Interessen auf Kosten anderer. Ein Ziel, das auf Kosten anderer erreicht oder angestrebt wird, ist kein allgemeines, sondern in Partialinteressen begründet, und die Durchsetzung von

Partialinteressen ist immer mit Instrumentalbeziehungen verbunden. Die Übereinstimmung von Weg und Ziel ist damit keine moralische Forderung, sondern eine immanent logische! Verstoße ich dagegen, ist das kein Grund für ein schlechtes Gewissen oder moralische Verdammnis, sondern ein Anlaß, die Gründe für das Durchschlagen partieller Interessendurchsetzung auf Kosten anderer anzusprechen. Dabei ist der selbstschädigende Charakter solcher Handlungen offenzulegen. Dass hierbei Angstlosigkeit, Freiheit und Offenheit eine Voraussetzung für die Klärung von Konflikten bilden, ist deutlich. Es wird klar: Subjektbeziehungen kann man nicht erzwingen, sie sind dennoch unhintergebar die Voraussetzung auf dem Weg in eine herrschaftsfreie Gesellschaft.

Grundsätzlich können wir kaum vorschreiben, wie diese neue Gesellschaft ihre Kooperation zu organisieren hat. Eins jedoch muss gewährleistet sein: Die Einzelnen müssen die Möglichkeit haben, wählen und neu schaffen zu können. Sie müssen aus dem jeweils Gegebenen auch „herausgehen“ können. Dies ist die einfachste und grundlegendste Voraussetzung für Freiheit: „Nur das macht freie Kooperation aus: dass man sie aufkündigen oder einschränken kann, um Einfluß auf ihre Regeln zu nehmen.“ (Spehr 1999, 236).

Wenn dies unserem grundlegenden Ziel entspricht, entsteht eine Übereinstimmung mit den Wegen, auf denen wir dahin gelangen können. Die Forderung, dass der Weg dem Ziel entsprechen müsse, ist hier also hochaktuell. Es ist jedoch nicht damit getan, die bisherigen Herrschaftsmittel fortzuräumen. Damit die geschaffenen Freiräume auch wirklich durch die Menschen im emanzipatorischen Sinne genutzt werden, müssen Erfahrungen von Subjektbeziehungen in den Freiräumen möglich sein. Die Möglichkeit intersubjektiver Beziehungen muss praktisch als real besser, angenehmer, herausfordernder und perspektivreicher erlebt werden als die alltäglichen Erfahrungen mit instrumentellen Beziehungen, die wir alle immer wieder machen. Dabei gilt, dass Subjektbeziehungen nicht aufgrund einer neuen „political correctness“ den neuen moralischen Anpassungsmaßstab für individuelles Handeln bilden – das wäre absurd, ja geradezu kontraproduktiv: Subjektbeziehungen sind niemals vorstellbar als Resultat einer Anpassung an den „Gruppendruck“ oder was auch immer. Subjektbeziehungen sind das Gegenteil der Übernahme des Nahegelegten, ob im Verhältnis zur gesellschaftlichen Wertmaschine oder zu einer Initiative, Gruppe etc. Jede Kritik, die im vorgeblichen Interesse der Gruppenharmonie unterbleibt, ist eine verlorene Chance – für die Gruppe und für mich.

Fähigkeiten und Bedürfnisse entwickeln sich permanent, das gilt auch für intersubjektive Beziehungen. Die praktischen Erfahrungen in der Kooperation mit anderen, bei der Aktion, beim Streik, bei der Blockade oder beim Flugblattschreiben bilden eine wichtige Grundlage. Widerstand ist deshalb auch Subjektwerdung wie sie z.B. Peter Weiss im Roman „Ästhetik des Widerstands“ (1983) ausführlich beschrieb. Hier haben auch so begrenzte Formen wie Zukunftswerkstätten, das Konzept „New Work“ (nur das tun, was ich „wirklich, wirklich“ tun will) oder Tauschringe, die Fixierungen auf Lohnarbeit und Geld aufbrechen, ihren berechtigten Platz. Voraussetzung ist, dass sie nicht die Integration in den gegebenen Kapitalismus befördern, sondern Widersprüche hervorrufen, die zu weiteren Auseinandersetzungen beitragen. „Soziale Erfindungen“ sind unverzichtbar, doch die Inhalte dürfen dahinter nicht zurückbleiben.

Lernen, Planen, Streiten als Kooperation

Kooperation findet immer dann statt, wenn Menschen zusammen eine Sache herstellen, entwickeln, voranbringen oder einen Prozess organisieren. Emanzipatorisch ist sie in Verbindung mit Autonomie, d.h. die Menschen selbst bleiben die Entscheidenden und sind nicht einer Zwangsstruktur unterworfen.

Kooperation beschränkt sich nicht auf die materielle Ebene. Ganz im Gegenteil werden in einer herrschaftsfreien Welt die immateriellen Dinge eine ganz herausragende Rolle spielen. Wissen wäre frei zugänglich. Da alle Menschen mangels Abschottung durch Eigentumsbildung an neuen Erkenntnissen, Erfindungen, Maschinen usw. teilhaben können, entsteht ein unmittelbares, durchaus eigennütziges Interesse daran, dass auch die anderen Menschen sich weiterentwickeln. Egoismus schafft und sichert Kooperation.

Um selbst Wissen für sich gewinnen zu können und weil mehr Wissen und Können der anderen Menschen dem eigenen Vorteil dient, wird Kraft dafür entstehen, den Wissensbildungsprozess zu organisieren und voranzubringen. Es bedarf keiner kontrollierten Metaebene, sondern die Menschen selbst sind aus eigenem Interesse am Austausch von Wissen interessiert. Sie werden dafür die Räume schaffen – vom Internet über Orte des freien Lernens (ersetzen die Schulen) bis zu „Erfindungsstudios“, d.h. experimentellen Räumen. Im Vordergrund ihres Drängens nach Wissen, neuen Fähigkeiten und neuen Möglichkeiten wird ihr eigenes Leben stehen, weil der Drang nach einem besseren Leben die entscheidende Motivation ist, wenn Zwang und Profit wegfallen. In der Folge werden Erfindungen, Maschinen und neues Wissen vor allem für das Leben der Menschen entstehen, während heute Technik, Wissen usw. vor allem dem Profit und der Sicherung von Herrschaft dient. Ein ungeheures Potential an Innovation wird in eine menschlich-emanzipatorische Richtung verändert.

Aus ganz egoistischen Motiven wird es für einen Menschen in der Regel keinen Sinn ergeben, Wissen und Können für sich zu behalten. Das würde zwar bedeuten, durch Androhung der Entziehung z.B. eines nur mit Spezialwissen zu handhabenden Geräts Verhalten von Menschen zu steuern, aber die Nachteile einer solchen Strategie überwiegen deutlich. So wäre eine Maschine durch unsachgemäße Bedienung häufiger kaputt, andere Menschen können sie nicht mit weiterentwickeln und die Vorteile durch den Gebrauch kämen seltener vor. Ähnliches gilt für andere Bereiche. So wird der Alltag fast überall durchzogen sein von Lernen. Dieses Lernen geschieht vor allem für das Leben und den Alltag, dort sind folglich auch die passenden Orte des Lernens. Jedes Haus, jede Werkstatt, jeder Experimentierraum und vieles mehr werden zu „Laboren“, in denen Wissen ausgetauscht wird. Einen Zwang zu hoher kurzfristiger Produktivität wird nur in Ausnahmefällen vorhanden sein. Es gibt keine Dienstvorschriften, die Menschen auf ihre Arbeitskraft reduzieren und diese ausbeuten. Dadurch entsteht die Freiheit, sich die Zeit zu nehmen, Informationen auszutauschen und sich ständig gegenseitig weiterzubilden.

Kooperation ist ein weitreichender Begriff. Auch Streit gehört dazu, denn positiv gedeutet ist Streit ebenfalls ein Vorgang, der die Weiterentwicklung von Menschen, Ideen und Wissen nach sich zieht. Das ist allerdings nur dort der Fall, wo Streit nicht zum Ziel hat, der einen oder anderen vorhandenen Position zum Sieg zu verhelfen, wie es bei Streit mit Entscheidungsvorgang (Abstimmungen, Wahlen ...) regelmäßig der Fall ist. Dort geht es nicht um Erkenntnisgewinn und Weiterentwicklung, sondern um das Durchsetzen gegen ande-

re. Daher verhalten sich die Beteiligten meist taktisch, verschweigen Schwächen ihrer Position und Stärken der anderen. Eigene Unsicherheiten werden überspielt, populistische Verkürzungen sollen Stimmen fangen. Eine solche Auseinandersetzung nach Sieg-Niederlage-Orientierung, die bei Entscheidungsgängen immer dominiert, ist Kooperation ohne Autonomie. Daran ändert sich auch nichts, wenn die Entscheidungsmodalitäten z.B. durch basisdemokratische Regeln oder Konsens tatsächlich oder scheinbar etwas gleichberechtigter organisiert werden. Der Wille zum Sieg verbleibt und prägt das Kommunikationsverhalten.

Die Menschen agieren zwar zusammen und erzeugen auch ein gemeinsames Ergebnis, aber sie verlieren ihre Autonomie, d.h. sie können nicht individuell entscheiden, was sie aus einer Debatte an neuen Erkenntnisse für sich herausnehmen, was sie umsetzen, wo sie eigene Akzente setzen wollen o.ä. Das geht besser: Ein Zusammenspiel von Autonomie und Kooperation entsteht im Streit dann, wenn die Diskussionsform des Streites selbst gleichberechtigt organisiert wird (Zugang zu allen Fakten offen gestalten, gleiche Relevanz aller Beiträge, kommunikativer Prozess) und die Autonomie der Einzelnen gesichert ist, d.h. keine kollektive Entscheidung fällt. Hierarchische Strukturen, privilegierte Gremien oder entscheidungsbefugte Plena, Versammlungen u.ä. haben in einem System von Autonomie und Kooperation nichts mehr verloren. Streit ist erwünscht. Er ist eine besondere Form der Auseinandersetzung, des Informationsaustauschs und im günstigen Fall der Weiterentwicklung von Theorie und Praxis. Er tritt auf, wenn unterschiedliche Interessen und Meinungen aufeinandertreffen, weil sie sich gegenseitig behindern, blockieren oder berühren. Er kann aber auch offensiv, d.h. ohne konkreten Anlass organisiert werden als Streit-Treffpunkt, weil Streit ohne Herrschaft eben als kommunikatives und voranbringendes Mittel begriffen wird. Niemals jedoch wird er mit Entscheidung verbunden. Die Streitenden sind immer frei darin, was sie aus dem Streit ableiten, ob sie weiter kooperieren oder wieder getrennte Wege gehen wollen, ob sie Konfliktkurs beibehalten oder z.B. Unterschiedlichkeit strategisch so geschickt organisieren wollen, dass sich alle Formen entfalten können.

Es entsteht Vielfalt: Eine Welt, in der viele Welten Platz haben

Autonomie und Kooperation heißt endlose Vielfalt ohne Isolation, also in ständigem Kontakt sowie durch Aufbau und Auflösung von Kooperationen. Die Gesellschaft organisiert sich in vielen Subräumen, die in einer herrschaftsfreien Welt aber horizontal organisiert sind, sich überlagern und überschneiden, sich aber nicht gegenseitig normieren oder zwingen können.

Voraussetzungen für „Autonomie und Kooperation“

Autonomie und Kooperation entstehen aus einer doppelten Strategien der Veränderung. Zum einen müssen die Idee diskutiert und konkrete Räume für Kooperation, gleichberechtigten Zugang zu Wissen und materiellen Ressourcen, Aufnahme von Kooperation und Führen von Streit geschaffen werden. Gleichzeitig aber brauchen Autonomie und Kooperation den Abbau, bestenfalls die Abwesenheit von Herrschaft. Denn Herrschaft ist ein sich selbst stabilisierendes Merkmal von Gesellschaft, d.h. es ist selbst der Grund für seine An-

wendung und seine Ausdehnung. Herrschaft schafft Bedingungen, innerhalb derer die Anwendung von Herrschaft für den handelnden Menschen Vorteile bringt. Reichtum, Wissen usw. sind auf dem herrschaftsdurchzogenen Markt oder durch Absicherung über Institutionen zu erwerben und nutzbar zu machen. Wer seine Privilegien nicht absichert, verliert. Um diesen Teufelskreis der Selbstreproduktion von Herrschaft zu durchbrechen, bedarf es eines offensiven Umgangs mit Herrschaftsverhältnissen. Sie nicht zu beachten, wäre zu wenig, denn Herrschaft ist nicht nur dort, wo Polizeiknüppel, Klassenbuch, ArbeitsgeberInnen oder Benotungen sie durchsetzen, sondern reorganisiert sich über Normen, codierter Wahrnehmung und rollenartigen Verhaltensweisen, die nach ihrer Implementierung keines dauernden direkten Zwanges mehr bedürfen. Sie wirken fort in jedem Subraum der Gesellschaft, wenn sie nicht aktiv überwunden werden.



Siehe auch im Kapitel zur Geschichte sozialer Organisation am Anfang dieses Buches.

Überwindung von Herrschaftsverhältnissen

Wer Herrschaftsfreiheit anstrebt, muss alle Formen von Herrschaft zu überwinden versuchen. Das ist eine gedankliche und eine praktische Auseinandersetzung, die sehr tiefgreifend in das konkrete Handeln als Einzelner und als Gruppe wirkt. Wenn Kooperationen frei und nicht erzwungen sein sollen, müssen sie in einem Rahmen stattfinden, der nicht auf bestehenden Herrschaftsverhältnissen aufbaut, sondern sie möglichst ganz, zumindest aber für die konkrete Kooperation auflöst.

Gleiche Möglichkeiten für alle – offene Zugänge sichern

Das Herstellen gleicher Handlungsmöglichkeiten ist selbst eine praktische Form des Herrschaftsabbaus, gleichzeitig aber ein weiterführender emanzipatorischer Akt, weil dadurch, dass Menschen gleiche Handlungsmöglichkeiten haben, nicht Gleichheit, sondern Ausdifferenzierung nach Lust und Bedürfnissen entsteht, aus der heraus der weiter vorwärtsbringende Prozess selbst wiederum gefördert wird. Die Idee gleicher Möglichkeiten unterscheidet sich daher von Gleichheit und von Gleichberechtigung. Gleichheit als Begriff hat mit Emanzipation wenig zu tun. Wer Menschen gleich machen will, muss sie einem Maßstab unterwerfen, der definiert, auf welchem Level die Gleichheit entstehen soll. Das geschieht herrschaftsförmig und wäre daher bereits Normierung. Zudem lässt jeder Blick auf das Leben der Menschen den Eindruck aufkommen, dass die Menschen in einem herrschaftsfreien Raum alles andere als gleich wären und dass darauf auch die ungeheure Vielfalt, Produktivität und der gesellschaftliche Reichtum basiert. Gleichheit würde daher immer Freiheit, Lebensqualität und Reichtum in der Gesamtmenge einschränken, auch wenn für einzelne Menschen Teile zunehmen könnten. Bedürfnisse sind nicht gleich, gleiche Anforderungen an Menschen können für diese sehr unterschiedliche Härten bedeuten.

Gleichberechtigung nähert sich einem emanzipatorischen Ziel an, neigt aber schon vom Begriff her zu formalisierten Rahmensetzungen statt zu tatsächlichen. Das ist gut sichtbar bei der Frage der Gleichberechtigung von Mann und Frau. Gesetze durchziehen die Gesellschaft, die diese sichern sollen. Praktisch wird das oft nicht erreicht oder es werden neue Normen geschaffen, um bestehende Normierungen gleich zu behandeln statt aufzuheben – z.B. die (annähernde) Gleichstellung von homo- und heterosexuell orientierten Paaren unter Durchsetzung formalisierter Dominanz von Zweierbeziehungen und der Diskriminie-

rung aller Anderen. Gleichberechtigung organisiert eine Praxis nicht aus den Wünschen und Bedürfnissen der Einzelnen, sondern hinsichtlich des Ziels der Normierung bedarf erneuerter institutioneller, meist auch diskursiver Durchsetzung wie die vorhergehenden Regelungen.

Das Konzept gleicher Möglichkeiten setzt andersherum an. Idee ist hier, alle gesellschaftlichen Ressourcen frei zu geben. Damit werden sie nicht institutionell „beschlagnahmt“, um sie z.B. gleichberechtigt zu verteilen. Sondern sie werden jeglicher „Beschlagnahme“ durch Einzelne, Gruppen oder einer Vertretung der ganzen Gesellschaft entzogen. Das allein reicht allerdings nicht, um bereits den gleichen Zugang herzustellen. Je nach Fähigkeiten von Menschen können diese nicht an alles Wissen, alle Produkte usw. herankommen. Daher muss in das Konzept gleicher Möglichkeiten auch der tatsächliche Zugang integriert werden, was eines aktiven Prozesses bedarf. Gesamtgesellschaftlich ist das mit etlichen Schwierigkeiten verbunden, im organisierten Raum können Gruppen, Organisationen, Netzwerke oder andere Kooperationen diese aber als eigenes Ziel setzen und entsprechend verwirklichen. Praktisch wird das bedeuten, dass neben der Schrankenlosigkeit des Zugang zu allen Möglichkeiten viele Orte und Wege aufgebaut werden, in denen dieser auch aktiv gefördert wird, also z.B. Wissen angeboten oder Infrastruktur bereitgestellt wird.

Der Verlust im Kleinen und der Gewinn im Großen

Eigentum schafft gefühlte Sicherheit. Menschen häufeln eigenes Geld an, verteidigen Land und Wohnung gegen andere, horten große Mengen technischer Geräte für den abschließlichen Eigengebrauch oder stellen sich ein Fahrzeug vors Haus, das mehr steht als



Christoph Spehr (2003):
„Gleicher als andere“, Karl
Dietz Verlag in Berlin (S. 32)

fährt. „Meine“ Bohrmaschine liegt lieber 364 Tage im Regal als dass ich sie mit anderen teile. Wer sich an dieses Credo nicht hält, macht oft schlechte Erfahrungen: Die Bohrmaschine verschwindet, ist schneller kaputt oder dreckig. Christoph Spehr behauptet, zudem seien wir „äußerst empfindlich, wenn wir den Eindruck gewinnen, dass sich die konkrete Kooperation für den anderen deutlich mehr lohnt als für uns selbst.“ Auch er will vergleichen, mes-

sen, bewerten. Das gilt jedoch nur, wenn die Lebenswelten der Kooperierenden getrennt bleiben. Welchen Sinn aber macht die Überlegung von Spehr, wenn das, was ich tue, nicht mehr zur abgeschotteten Welt einer anderen Person gehört (so wie ich meine Welt abschotte), sondern ein gemeinsamer Reichtum entsteht. Schauen wir das Beispiel offener Software an: Was ich dort als Beitrag leiste – und sei es ganz direkt als Hilfe für eine konkrete andere Person –, steht als Fortschritt für alle, unter anderem also auch für mich selbst zur Verfügung. Das ganze Rechnen und Vergleichen verliert seinen Sinn.

Doch das Problem steckt noch tiefer. Viele glauben, dass Menschen nur mit den Sachen gut umgehen, die ihnen gehören. Solches Denken ist einer der Stützpfeiler von Kapitalismus und Rechtsstaat. Doch stimmt das mit der Wirklichkeit überein? Bleibt die Bohrmaschine im eigenen Regal nicht vor allem deshalb länger heil, weil sie selten oder gar nicht benutzt wird? Warum leihen wir sie Verwandten und guten Bekannten dann doch aus, obwohl die keine besseren Menschen sind? Ist die Angst vor dem Fremden nicht einer der großen Irrtümer dieser Welt – und nicht nur bei der Bohrmaschine, sondern auch bei viel zentraleren Lebensfragen wie der Gewalt zwischen Menschen, Übergriffen und mehr? Die Abschottung des Eigenen gegenüber dem Anderen, dem unbekanntem Draußen schafft

die Atmosphäre in Familien, Vereinen, Kirchen, Arztpraxen, Polizeistationen, Gefängnissen usw., die diese Orte zu den größten Gefahrenquellen für Übergriffe machen.

Keine Metastruktur im Hintergrund

Es darf keine Option mehr bestehen, doch wieder herrschaftsförmig zu handeln. Nur dann erscheint gleichberechtigte Kooperation als sinnvolle Ebene gesellschaftlicher Interaktion. Solange noch eine noch so versteckte Chance auf das Erzwingen bestimmter Verhaltensweisen besteht, wird der Kontakt zwischen Menschen belastet. Die totale Abwesenheit von Macht- und Kontrollmöglichkeiten hingegen ebnet den Weg zu gleichberechtigter Kooperation. Wann immer dazu eine Alternative besteht – sei sie im Einsatz körperlicher Überlegenheit, im Rückgriff auf eine im Konfliktfall entscheidende Metastruktur (Regierung, Polizei, Rat, Plenum o.ä.), in der Drohung auf materiellen Entzug usw. –, wird der Kontakt zwischen Menschen und ihren Zusammenhängen nicht vom Denken daran zu befreien sein. Zur Kooperation besteht dann eine Alternative in Form herrschaftsförmiger Durchsetzung – die Angst davor oder die Hoffnung darauf werden den Verlauf der Kommunikation prägen. Daher ist nur die vollständige Nicht-Möglichkeit von Kontrolle und Zwang als Grundlage für herrschaftsfreie Selbstorganisation geeignet.

Dieses Denken scheint den meisten Menschen fremd. Auch solche politischen Gruppen oder AkteurInnen, die Herrschaft verringern und die Selbstbestimmung fördern wollen, werden von Ängsten um Fehlentwicklungen getrieben. Diese Ängste sind nicht aus der Luft gegriffen – es wird (!) auch in durch Autonomie und Kooperation geprägten Gruppen oder einer ganzen Gesellschaft zu gewaltförmigem Verhalten und Versuchen der Ausgrenzung von Menschen aus Kommunikation, Wissensflüssen oder materiellen Ressourcen kommen. Im unsinnigen Traum von der perfekten Welt neigen viele dazu, zwar eigentlich eine herrschaftsfreie Welt zu wollen, aber für den Notfall der Fehlentwicklung dann doch eine Lösung „von oben“ zu ermöglichen.

Der Weg zu Autonomie und Kooperation

Es gibt viele Wege, sich Autonomie und Kooperation anzunähern. Das beginnt im Alltag der Einzelnen, die sich stärker selbst organisieren und so von den ständigen Zwängen lösen. Es endet in komplexen gesellschaftlichen Kooperationen oder der Organisation in großen Einheiten, z.B. Netzwerken, die dennoch ein horizontales Nebeneinander vieler autonomer Teile bleiben. Einige wenige Aspekte seien beispielhaft benannt.

Beides: Utopie und kleine Schritte

Eine statische Gesellschaft kann nicht herrschaftsfrei sein, weil Menschen immer auf eine Verbesserung ihrer Lebensumstände dringen und der Austausch neue Ideen und Wünsche aufkommen lässt. Zudem erscheint Bestehendes oft erst in der kommunikativen Reflexion als verbesserungswürdig, herrschaftsdurchzogen oder zwanghaft. Eine wichtige Rolle spielt die Hoffnung auf ein besseres Leben. Seien die Träume, Wünsche oder Vorstellungen auch noch so vage, sie sind der utopische Rahmen, die Motivation für die Veränderung der Wirklichkeit. Ein Wille, der einer solchen Motivation entspringt, drängt auf seine sofortige Erfüllung. Folge sind die vielen kleinen Schritte der Verwirklichung.

Die Kombination aus beidem, aus dem träumerischen bis langfristig-entschlossenen Wollen grundlegender Veränderungen und dem Verwirklichen von Verbesserungen im Hier und Jetzt an den Stationen des Alltag, der abweicht von den Utopien, ist unerlässlich. Ohne das Nachdenken über eine bessere Welt und ein besseres Leben verkommen die Reaktionen auf erlebte Enttäuschung im Alltag zu zusammenhanglosen Handlungen, denen ein klares Ziel fehlt und für die deshalb auch kein Maßstab besteht, wonach sich ein Fortschritt im Sinne des besseren Lebens ausrichten kann. Verdrängung von Problemen, nur kurzfristig vorteilhafte Lösungen u.ä. stehen dann im Vordergrund. Im politischen Raum dominieren solche Forderungen, die besondere gesellschaftliche Härten vermeiden – aber im Ganzen keine Verbesserung bringen, oft sogar eine Verschärfung von Herrschafts- und Marktlogiken bedeuten würden (Siehe das Buch „Nachhaltig, modern, staatstreu?“, in dem Hunderte politischer Forderungen aus verschiedenen sozialen Organisationen darauf untersucht wurden, wieweit sie Herrschaft und Marktverhältnisse fördern. Das Ergebnis ist erschreckend, Populismus und Kurzfristerfolg überprägen die inhaltliche Qualität). Umgekehrt ist das praxislose Nachdenken über gesellschaftliche Utopien zwar geistig belebend, birgt aber zwei wesentliche Gefahren. Zum einen ist eine Theorie, die sich nicht in der Praxis erprobt und, aus den Erfahrungen gespeist, weiterentwickelt, meist auch qualitativ wenig gehaltvoll. Wesentliche Aspekte fehlen oder werden, da nie überprüft, als vage Annahmen mitgeschleppt. Zudem fehlt reinen Theoriediskussionen oft die gesellschaftliche Relevanz. Sie verbleiben in den Köpfen oder auf dem Papier. Beide Gefahren verstärken sich, weil reine Theoriediskussion vor allem Sache der Privilegierten ist. Das gilt heute sogar schon für die Debatte um Reformen. Bücher und Vorträge über gesellschaftliche Reformen, Redebeiträge auf Demonstrationen und Podien, Interviews und mehr stammen regelmäßig nicht von Betroffenen oder AktivstInnen politischer Gruppen, sondern aus etablierten Kreisen, die die Probleme, über die sie reden, gar nicht kennen dank hochdotierter, sicherer Staatsposten (Universität, Schule u.ä.), ähnlichen Absicherungen in Gewerkschaften, Kirchen oder (meist staatsgeförderten) NGOs bzw. dank ihrer hohen Bekanntheit und der daraus folgenden auch materiellen Absicherung durch Honorare usw.

Aktion

Wie immer bleibt auch hier zu sagen: Im stillen Kämmerlein können wir unsere kleine Welt nur ein wenig verändern – zu prägend sind die äußeren Bedingungen. Es lohnt daher immer, die gesellschaftlichen Bedingungen umzustürzen oder zumindest so zu verändern, dass für mich und andere die Handlungsräume größer werden.

Wolfgang Landstreicher, zitiert in Gordon, Uri (2010): „Hier und jetzt“, Nautilus in Hamburg (S. 64 f.)

Wir bekämpfen Ausbeutung und Herrschaft, weil wir nicht ausgebeutet und beherrscht werden wollen. In unserer eigennützigen Großzügigkeit erkennen wir an, dass unsere eigene Selbstverwirklichung nur in einer Welt möglich ist, in der jede und jeder Einzelne gleichen Zugang zu allem hat, was sie oder er zu ihrer oder seiner Verwirklichung als einzigartiges Wesen benötigt – darum die Zerstörung jeder Autorität, der gesamten gesellschaftlichen Ordnung, um die Möglichkeit zu allem zu eröffnen, was das Leben zu bieten hat.